

MISZELLE

Lennard Schmidt, Marc Seul, Luisa Gärtner

Gesellschaftskritische Antisemitismusforschung unter prekären Bedingungen – Herausforderungen des Wissenschaftsbetriebs aus der Perspektive einer Nachwuchsinitiative

Antisemitismusforschung, die sich dem Ziel verschrieben hat, den Gegenstand ihrer Forschung aktiv abzuschaffen, hat in der gegenwärtigen Forschungslandschaft einen schweren Stand. Notwendige Grundlagenforschung, die das komplexe Verhältnis des antisemitischen Ressentiments zu gesellschaftlichen Strukturen zu erhellen versucht, unterliegt im Wettbewerb um Drittmittel und Fördertöpfe Projekten, die dem Praxis- und Innovationsimperativ des neoliberalen Wissenschaftsmodells – ob freiwillig oder notgedrungen – folgen. Grundlagenforschung benötigt vergleichsweise viel Geld und fördert für die Forschung relevante Ergebnisse zutage. Diese können aber nur selten komprimiert für die Allgemeinheit in Szene gesetzt werden, was der finalistischen und auf möglichst große Öffentlichkeitswirksamkeit abzielenden Agenda vieler Drittmittelprojekte entgegensteht. Mangelnde Grundausstattung der Universitäten und damit einhergehende Abhängigkeit von Drittmittelprojekten mit kurzen Förderzeiträumen, Probleme des deutschen Wissenschaftsbetriebs im Allgemeinen,¹ äußern sich in der Antisemitismusforschung nicht nur in Form der *Prekarität* von Nachwuchsforschung zum Themenkomplex, sondern gerade auch in Bezug auf den *Umfang der eigentlichen Forschungstätigkeit* – eine Erfahrung, die wir selbst im Zuge des Versuchs, eine Initiative zur Erforschung des Antisemitismus zu institutionalisieren, machen.

Nachdem sich 2019 die *Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung* als Zusammenschluss von Doktorand*innen und Studierenden der Universität Trier mit dem Ziel gegründet hatte, Forschungsarbeit im Bereich Antisemitismus zu leisten und in enger Verbindung mit der präventiven Arbeit von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Form eines Forschungszentrums an der Universität zu institutionalisieren, stießen wir bald an die bekannten finanziellen wie organisatorischen Grenzen ehrenamtlicher Arbeit. Zwar scheint die Politik und somit auch die von ihr subventionierte Förderlandschaft angesichts der jüngsten antisemitischen Gewalttaten in den letzten Jahren ein gesteigertes Bewusstsein für die Notwendig- und Dringlichkeit von Forschung zu Antisemitismus entwickelt zu haben, was zunächst eine opportune Ausgangssituation für eine kritische Forschung und damit gleichermaßen für einen kritischen Diskurs über die Prävalenz des antisemitischen Ressentiments zu sein scheint. Allerdings beobachten wir, dass der Schwerpunkt der Förderung kaum auf Projekten liegt, die gesellschaftlich unbequeme, oftmals polarisierende Aspekte des Antisemitismus in der postnazistischen wie (post)migrantischen Konstellation der deutschen Gegenwartsgesellschaft zum Gegenstand haben. Exemplarisch lässt sich dies am Beispiel jenes Teils der

¹ Vgl. Torka, Marc: Die Projektformigkeit der Forschung, Baden-Baden 2009.

Antisemitismusforschung aufzeigen, die Antisemitismus in (post)migrantischen Communities zu erforschen versucht. Im Kontext des in Wähler*innenstimmen zunehmend sichtbar werdenden Potentials extrem rechter Einstellungen in der BRD in den letzten Jahren, die unter anderem das externalisierende Narrativ des „importierten Antisemitismus“ propagieren, beobachten wir eine auf individueller Ebene nachvollziehbare, gesamtgesellschaftlich allerdings fatale Zurückhaltung von Förderinstitutionen, möchte man sich dem Antisemitismus in marginalisierten Gruppen wissenschaftlich annehmen. So erfahren Projekte, die sich etwa dem Antisemitismus von rechts widmen, im Rahmen der uns bekannten Förderkontexte deutlich mehr und einfacher Zuspruch – und damit Fördergelder – als solche, die das komplexe Zusammenspiel von Diskriminierungserfahrungen und antisemitischen Ressentiments thematisieren wollen. Wir vermuten, dass dieser Umstand in zumindest mittelbarem Zusammenhang mit der politischen Verantwortlichkeit der Förderinstitutionen für die von ihnen geförderten Projekte steht. Die Folge ist ein Förderschwerpunkt auf Projekten, die sich möglichst in der Mehrheitsgesellschaft politisch unkontroversen Anliegen, wie etwa dem Kampf gegen neonazistischen Antisemitismus, widmen. Kontroversere und eventuell mit Konflikten verbundene Themenfelder, die aber ebenso für den Kampf gegen Antisemitismus relevant sind, unterliegen vielfach.

Die Abhängigkeit der Forschung von politischen Konjunkturen und den Interessen von Drittmittelgebern² führt so mitunter auch zur Ausblendung von Phänomenen, die der wissenschaftlichen Auseinandersetzung bedürfen. Eine Aussparung solcher Phänomene in der Forschung führt zu einem defizitären Verständnis des Gegenstandes Antisemitismus, mit der Konsequenz, dass Präventions- und Bekämpfungsansätze tendenziell kraftlos bleiben bzw. kraftloser sind, als sie es unter anderen Umständen sein könnten. Stattdessen werden häufig Forschungsprojekte gefördert, die vermeintlich quantifizierbare und/oder „verwertbare“ Ergebnisse liefern sollen. In diesem Narrativ stets innovativer Wissenschaft spiegelt sich die Vorstellung, jedwede Forschung in messbare Ergebnisse übersetzen zu können, die gleichermaßen didaktisiert und ohne Komplexitätsreduktion der breiten Bevölkerung präsentiert werden können. Themen, die eine solche Perspektive in den Vordergrund stellen, profitieren in der Aufmerksamkeitsökonomie der neoliberalen Wissensgesellschaft, während Forschung, die weniger auf unmittelbare Verwertbarkeit der Forschungsergebnisse und Öffentlichkeit abzielt, aber für das Verständnis antisemitischer Ressentiments unverzichtbare Grundlagenforschung betreiben will, ins Hintertreffen gerät. Grund hierfür sind allerdings nicht nur die Forderungen einer zunehmend drittmittelfinanzierten und projektbasierten Wissenschaft nach „öffentlichkeitswirksamen“ Vermittlungsansätzen und möglichst „innovativer“ Forschung.

In der postnazistischen Gesellschaft steht der Bekämpfung und Prävention des Antisemitismus stets die Gesellschaftskonstellation selbst im Weg. Denn eine kritische Antisemitismusforschung geht von der Feststellung aus, dass Antisemitismus in einem strukturellen Zusammenhang zur Beschaffenheit der Gesellschaft steht, weshalb eine

² Vgl. Torka, Marc: Neue Arbeitsweisen: Projekte und Vernetzungen, in: Maasen, Sabine/Kaiser, Mario/Reinhart, Martin/Sutter, Barbara (Hg.): Handbuch Wissenschaftssoziologie, Wiesbaden 2012, S. 329–340, hier S. 333 f.

Kritik des Antisemitismus stets auch eine Kritik der Gesellschaft sein muss, die ihn hervorbringt. Die damit einhergehende Selbstkritik ist wenig opportun und in manchen Fällen schmerzhaft. Daher haben sich insbesondere seit der Shoah Erinnerungsbewehrungsnarrative etabliert, welche die Gesellschaft vor einer solchen Selbstkritik schützen sollen. So resümierte etwa jüngst Samuel Salzborn in seiner Studie *Kollektive Unschuld*, dass eine selbstkritische Aufarbeitung der Geschichte der Shoah in Deutschland höchstens innerhalb einer akademischen Elite stattgefunden habe. Die bundesdeutsche Wirklichkeit sei hingegen geprägt von einer Melange aus Selbstviktimisierung und Täter-Opfer-Umkehr.³ Von einer solchen gesellschaftlichen Konstellation bleibt auch die Forschung zum Themenkomplex – gerade wenn ihr finanzieller und institutioneller Rahmen derart prekär ist wie im gegenwärtigen Wissenschaftsbetrieb – nicht unberührt. Umso kraftraubender sind die Auseinandersetzung mit Förderinstitutionen und die Ausarbeitung von Förderanträgen. Neben der arbeitsintensiven Konzeption von neuen Projektanträgen, den universitätsinternen Verwaltungs(kraft)akten und der organisatorischen Arbeit bleibt de facto kaum Zeit für die eigentliche inhaltliche Arbeit, beispielsweise im Rahmen der vielen Kooperationsanfragen, die wir von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen erhalten. Das ist nicht nur für uns persönlich als Nachwuchswissenschaftler*innen problematisch. Darunter leiden letztlich vor allem die antisemitismuskritische Forschung, die Wissensvermittlung in die Zivilgesellschaft sowie die Entwicklung und Ausarbeitung praktischer Präventions- und Bekämpfungsstrategien.

Zunächst sind die Antragsteller*innen in Drittmittelprojekten häufig auf die Zusagen der Gelder für Projekte angewiesen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, insbesondere Doktorand*innen, aber auch Hilfswissenschaftler*innen. Die Antragsbearbeiter*innen und gleichzeitig Bewilligenden von Geldern sind häufig Verwaltungsmitarbeitende, die kein Hochschulstudium im Fach Geschichte, Politik oder ähnlichem durchlaufen haben, sodass tatsächlich bestehende Forschungsdesiderate von diesen Personen schlichtweg nicht erkannt werden (können). Wissenschaftlichkeit ist daher zwar häufig ein Plus, aber kein beurteilbares Kriterium für die angebotene „Leistung“, welche die Antragsteller*innen für die Finanzierung erbringen sollen. An der Schnittstelle von Wissenschaft und zivilgesellschaftlichem Engagement, an der wir uns momentan bewegen, spielen für die Förderinstitutionen häufig Teilnehmer*innenzahlen der Veranstaltungen und Öffentlichkeitswirksamkeit als Kriterien eine Rolle für die Bewilligung von Anträgen, da die Institutionen, welche die Gelder bewilligen, oft auf die Öffentlichkeitswirksamkeit der Projekte angewiesen sind. Es soll möglichst kurzfristig Breitenwirkung erzielt werden. Mit der wissenschaftlichen Darstellung besonders komplexer Zusammenhänge wird diese jedoch nur selten erzielt. Die inhaltliche Auseinandersetzung ist letztlich häufig zweitrangig.

Abgesehen von den formalen Hürden des Einwerbens von Geldern für Projekte und den Schwierigkeiten mit nichtwissenschaftlichem Personal in Verwaltungen stellt sich auch die Frage nach dem Anspruch der antisemitismuskritischen Forschung, wie er als Zielsetzung stets formuliert wird, aber teilweise durch oben genannte Strukturen, teilweise durch fachinhärente Schwierigkeiten und Kontroversen zur Phrase verkommt.

³ Vgl. Salzborn, Samuel: *Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern*, Leipzig 2020.

So bedienen viele scheinbar antisemitismuskritische bzw. als Extremismusprävention gedachte Veranstaltungen, die im Rahmen von Kooperationen mit drittmittelgebenden Partnern stattfinden, Erinnerungsabwehrnarrative bzw. die Idee einer „Wiedergutmachung“, die implizit durch das Stattfinden dieser Projekte geleistet wird. Ein wiederkehrendes Beispiel hierfür ist die Thematisierung des Nationalsozialismus, ohne dabei auf die Kontinuitätslinien vor und nach dem „Dritten Reich“ hinzuweisen, sodass (meist durchaus unabsichtlich) einem Verständnis des NS als ‚böse[m] Zwischenstück der deutschen Geschichte‘ (Theodor W. Heuss) das Wort geredet wird.

In solchen Beispielen äußert sich das Problem, dass die weitreichenden Erkenntnisse, die in teils jahrelanger Forschung erarbeitet werden, bisweilen nicht adäquat an die Zivilgesellschaft kommuniziert werden (können). Dies liegt einerseits in der Komplexität des Gegenstandes selbst begründet. Andererseits ist die Ursache dafür aber auch im Umfeld der Erinnerungsabwehr zu suchen. Daher stellt sich die Frage, wie die Wissenschaft in einen inklusiveren Dialog mit der Gesellschaft treten kann, ohne einer Simplifizierungs- und Didaktisierungslogik das Wort zu reden, die die Behauptung aufstellt, man könne jede Argumentation herunterbrechen und konsumerabel machen. Gerade in zeitlich eng begrenzten Drittmittelprojekten kann einer solchen Herausforderung kaum adäquat begegnet werden.⁴ Innerhalb von Rahmenbedingungen, die ein gesichertes Arbeiten mit ausreichend Zeit bedeutet, könnten Formen der Didaktisierung gefunden und erprobt werden, die dem Ziel der Abschaffung des Gegenstandes angemessen sind.

Tatsächlich wäre für eine wirkmächtige und zukunftsweisende Forschung eine Langzeitförderung vonnöten, wobei solche Fördermöglichkeiten rar gesät sind. Vorerst jedoch sind (Nachwuchs-)Initiativen auf kleinere Förderer zivilgesellschaftlicher Couleur angewiesen. Es ist unerlässlich, eine Auseinandersetzung mit dem Gegenstand Antisemitismus in diese hineinzutragen, um ihr Profil dahingehend zu schärfen, gleichermaßen aber auch von deren Erfahrungen hinsichtlich praktischer, antisemitismuskritischer Arbeit zu profitieren. Gleichzeitig sollten Nachwuchswissenschaftler*innen früh damit beginnen, ein interdisziplinäres Netzwerk aufzubauen, mit dem überregional gemeinsam an Projekten gearbeitet werden kann. Der Kontakt zwischen Nachwuchswissenschaftler*innen findet in der Regel auf Augenhöhe statt und birgt die Chance, vom Wissen des*der jeweils anderen in einer ähnlichen Lebenssituation zu profitieren. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Kooperationsbereitschaft und die gegenseitige Unterstützung unter Nachwuchswissenschaftler*innen sehr hoch sind. Trotz aller Hürden und Herausforderungen, die uns bisher begegnet sind, stimmt uns dieser Umstand positiv für die Zukunft.

⁴ Vgl. Bauer, Ullrich: Mit Bildung gegen das kulturelle Gedächtnis eines globalen Judenhasses – geht das? Chancen und Risiken von Prävention und Intervention, in: Grimm, Marc/Müller, Stefan (Hg.): Bildung gegen Antisemitismus. Spannungsfelder der Aufklärung, Frankfurt/M. 2021, S. 21–43, hier S. 41.

Zitiervorschlag Lennard Schmidt, Marc Seul, Luisa Gärtner:
Gesellschaftskritische Antisemitismusforschung unter prekären Bedingungen – Herausforderungen des Wissenschaftsbetriebs aus der Perspektive einer Nachwuchsinitiative, in: *Medaon – Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung*, 16 (2022), 30, S. 1–5, online unter http://www.medaon.de/pdf/medaon_30_schmidt_seul_gaertner.pdf [dd.mm.yyyy].

Zu den Autor*innen Lennard Schmidt und Marc Seul sind Gründungsmitglieder der Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung (IIA), die sich 2019 an der Universität Trier mit dem Ziel gegründet hat, neue wissenschaftliche Perspektiven auf den Themenkomplex Antisemitismus anzustoßen, Erkenntnisse aus der Forschung einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, im Verbund mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen neue Formen der Antisemitismusprävention und -bekämpfung zu entwickeln sowie Nachwuchswissenschaftler*innen zu fördern. Mehr Informationen finden sich unter iaa.uni-trier.de.
Luisa Gärtner ist seit Januar 2022 wissenschaftliche Hilfskraft der Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung.